

USA werfen China illegale Subventionen vor

Börsen-Zeitung, 18.9.2012 scd New York – Die Vereinigten Staaten werfen China vor, ihren Autoexporten in die USA mit illegalen Subventionen auf die Sprünge geholfen zu haben.

Kirk. Die Beschwerde bei der Handelsorganisation wird eingereicht, während sich Präsident Barack Obama auf Wahlkampfpfaden in Ohio befindet.

Chinas Zentralbank eifert EZB nach

Börsen-Zeitung, 18.9.2012 Reuters Peking – China richtet seine Geldpolitik neu aus. „Wir werden schrittweise die Rolle von Hebeln wie Zinsen und Währungskursen in der Geldpolitik erhöhen, so dass diese dominiert wird von einer preisen Steuererhöhung anstatt von einer mengenbezogenen Kontrolle“.

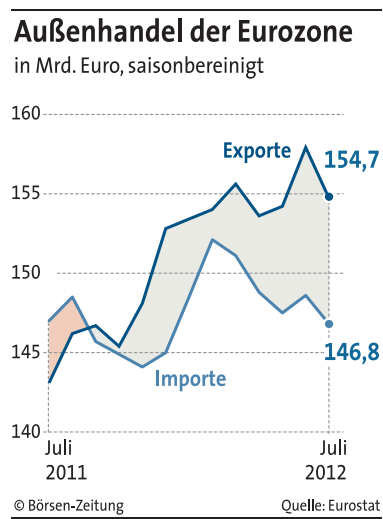
Eurostat erhält mehr Macht

Börsen-Zeitung, 18.9.2012 fed Brüssel – Die Statistikbehörde Eurostat soll künftig mehr Einfluss auf nationale Zahlenwerke haben, um deren Qualität zu erhöhen.

Außenhandel Eurolands im Juli geringer als im Juni

Im Vergleich zum Vorjahr ziehen die Exporte aber an

Börsen-Zeitung, 18.9.2012 ks Frankfurt – Der Warenverkehr der Eurozone mit dem Rest der Welt nahm im Juli ab. Während die Exporte gegenüber dem Vormonat laut Eurostat saisonbereinigt um 2,0% geringer ausfielen, gab der Wert der Importe nur um 1,2% nach.



Quelle: Eurostat

IM INTERVIEW: KLAUS ADAM, UNIVERSITÄT MANNHEIM

„Angaben aus Spanien sind ein Witz“

Ökonomie-Professor warnt vor Euro-Rettungskurs und sieht Frankreich auf Weg zum Krisenland

Der Mannheimer Ökonom Klaus Adam, einer der stärksten jüngeren Ökonomen in Deutschland, verurteilt im Interview der Börsen-Zeitung den gegenwärtigen Euro-Rettungskurs.

würde das wohl auch die deutschen Sparer treffen, oder nicht? Die deutschen Banken haben ihr Exposure gegenüber diesen Instituten bereits deutlich zurückgefahren.

lieren. Fakt ist aber, dass wirklich tiefgreifende Bankenrisiken 30 bis 50% des BIP kosten.

Börsen-Zeitung, 18.9.2012

- Herr Prof. Adam, sind Sie ein deutscher Hinterwäldler? So würde ich mich selbst natürlich nicht einschätzen, aber es liegt an anderen, das zu beurteilen.

- Aber so wurde uns doch von Anfang an die Krise erklärt: Wir müssen die Hypo Real Estate, die IKB

ZUR PERSON

Ökonomischer Durchstarter



Klaus Adam

Ich hatte vor allem zwei Gründe, den Aufruf zu unterschreiben. Zum einen gab es in Deutschland keine oder zumindest keine ausreichende Diskussion darüber, wie bei der Rettung des Euro vorgegangen werden muss.

bal – Deutliche Kritik am derzeitigen Euro-Rettungskurs kommt nicht nur von alteingesessenen deutschen Volkswirten. Den Ökonomen-Aufruf nach dem EU-Gipfel Ende Juni, in dem mit deutlichen Worten u. a. vor einer europäischen Bankenunion gewarnt wird, hat auch Klaus Adam unterschrieben.

- Wird es denn wirklich so dramatisch, dass wir hier Kindergärten schließen müssen, weil Gelder nach Griechenland und Spanien fließen? Wenn die von Deutschland gewährten Bürgschaften fällig werden und bezahlt werden müssen, dann sprechen wir von einer Größenordnung, die etwa das Volumen von zwei Bundeshaushalten umfassen, also die gesamten deutschen Staatsausgaben auf Bundesebene von zwei Jahren.

- Wie wahrscheinlich ist dieses Szenario? Das ist sehr schwer abzuschätzen, aber es ist jedenfalls nicht unwahrscheinlich. ■ Das heißt, Sie halten die Wahrscheinlichkeit für größer als 50%? Ja, ich würde die Wahrscheinlichkeit, dass die von Deutschland für den Euro-Rettungsschirm gewährten Bürgschaften fällig werden, mit etwa 50% beziffern.

- In dem Ökonomen-Aufruf heißt es, Banken müssen scheitern können. Wenn Banken scheitern, verlieren die Sparer ihr Geld, das Finanzsystem kann kollabieren. Ist das nicht Wahnsinn? Nein. Unser Szenario zielt nicht darauf ab, das Bankensystem einfach kollabieren zu lassen. Es ist möglich, Banken geordnet abzuwickeln.

- Wie kommen Sie zu dieser Größenordnung? Das lehnen die Erfahrungswerte, die wir bei den Krisen in Asien gesammelt haben, aber auch in Irland. ■ Allein im ESM sind 500 Mrd. Euro. Wenn wir die Banken gerettet haben, bleiben dann noch 200 Mrd. Euro übrig – zur Rettung des spanischen Staates, womöglich noch für Italien und Frankreich. ■ Frankreich? Frankreich hat die typischen Symptome eines Krisenlandes: konsumfinanziertes Wirtschaftswachstum, starke Außenhandelsdefizite über viele Jahre und die größte Immobilienblase aller G-7-Länder. ■ Sollte man Staaten auch pleitegehen lassen? Sie sind ja pleite! Die Vermögensverluste scheinen jedenfalls so groß zu sein, dass kein Rettungsfonds, weder die EFSF noch der ESM, diese tragen kann. ■ Wollen Sie die Währungsunion? Ja. Aber die Währungsunion fußt darauf, dass sowohl Staaten als auch Banken pleitegehen können. ■ Kann ein Land nach einem Default im Euroraum bleiben? Ja natürlich. Griechenland hat bereits einen Schuldenschnitt hinter sich, und trotzdem gilt der Euro dort noch als gesetzliche Währung. ■ Wie soll das funktionieren? Es wäre möglich, den Einlagen auf Girokonten und kurzfristigen Anlagen Seniorität zu geben, also einen bevorzugten Gläubigerstatus. ■ Manche sehen es auch so, dass ein Land wie Griechenland im Euro keine Chance hat, seine Wettbewerbsfähigkeit zurückzuerlangen, selbst wenn es wie Sie vorschlagen, einen Schuldenschnitt vornimmt. ■ Aber Spanien benötigt nach eigenen Angaben nur etwa 50 Mrd. Euro für seine Banken. ■ Sie argumentieren wie Gregor Gysi. ■ Aber auch deutsche Banken und Versicherungen halten Forderungen etwa gegen spanische Banken. Müssen sie Verluste tragen,

Zins- und Tilgungslast der Altschulden sänke. Natürlich kann es nötig sein, den Ländern übergangsweise dennoch finanziell beizustehen, bis sie wieder einen Haushaltsüberschuss erwirtschaften können. ■ Aber Griechenland hat ein Primärbilanzdefizit, gibt also selbst ohne Zinszahlungen mehr aus, als es einnimmt. Das ist nicht richtig, Griechenland ist wegen der Sparpolitik nahe an einem ausgeglichenen Primärsaldo des Staatshaushaltes. ■ Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) scheint die EZB ins Visier zu nehmen, vor allem die Käufe von Staatsanleihen durch die Notenbank. ■ Das Gericht will wohl auch prüfen, ob die Käufe das Haushaltsrecht des Bundestages beeinflussen. ■ Das ist sicher insofern gegeben, als die Käufe zu Verlusten in der EZB-Bilanz führen können, die dann von den nationalen Haushalten aufgefangen werden müssen. ■ Das Gericht will wohl auch prüfen, ob die EZB monetäre Staatsfinanzierung betreibt und damit gegen den Maastricht-Vertrag verstößt. ■ Sie spielen auf fällige Anleihen Griechenlands an. ■ Die EZB ist bereits in die monetäre Staatsfinanzierung eingestiegen.“